

## Ansprache zum 1. August 2011 in Titterten

Caspar Baader, Nationalrat, Gelterkinden

### **„Der Sonderfall Schweiz – eine Erfolgsgeschichte!“**

Liebe Titterterinnen und Titterter

Werte Gäste

#### **Wissen Sie, wieso wir ausgerechnet den 1. August feiern?**

1291 fing alles an. Heute feiern wir den 720. Geburtstag unseres Landes. Das ist zwar eine unspektakuläre Zahl – aber eine Erfolgsgeschichte!

Im Gegensatz zu den meisten anderen Ländern feiern wir diesen Tag nicht zentral an einem Ort mit einem grossen Anlass in Bern, in Zürich oder auf dem Rütli oder gar mit einer pompösen Militärparade. Nein, wir feiern den Geburtstag unseres Landes typisch schweizerisch: Bescheiden und föderalistisch an vielen Orten im ganzen Land herum so wie hier in Titterten. Bescheiden sprechen wir auch nicht von unserem „Nationalfeiertag“, sondern von der „Bundesfeier“. Warum Bundesfeier?

Wir gedenken mit dem 1. August jenen mutigen Männern und Frauen aus Uri, Schwyz und Unterwalden, die anfangs August 1291 die Weitsicht hatten, den „Freiheitsbrief“ schreiben zu lassen. Sie besiegelten damals mit dieser Urkunde ihren Bund und versprachen sich gegenseitigen Beistand. Damit legten sie den Grundstein für die Schweiz.

Der 1. August als Feiertag ist aber erst rund 120 Jahre alt. Er ist eine Erfindung des 19. Jahrhunderts. Erst 1898 hat der Bundesrat diesen Tag als Feiertag festgelegt.

Es hätte damals auch andere Anknüpfungspunkte gegeben, als das Datum des Bundesbriefes. Die Schweiz ist ja nicht in einem bestimmten Zeitpunkt entstanden. Sie ist über die Jahrzehnte, ja sogar Jahrhunderte hin gewachsen, indem sich immer neue Gebiete den 3 Urschweizer Kantonen angeschlossen haben. Meiner Meinung nach war es richtig,

dass sich der Bundesrat im Jahr 1898 trotz dieser grossen Auswahl an Möglichkeiten auf den Bundesbrief der 3 Urschweizer Kantone zurückbesonnen und den Geburtstag der Schweiz auf den 1. August festgelegt hat. Zentrale Grundsätze dieser historischen Urkunde waren nämlich der gegenseitige Schutz und Beistand gegen aussen. Die drei Länder am Vierwaldstättersee wollten das Heft selbst in die Hand nehmen und keine Fremdbestimmung durch die habsburgischen Nachbarn mehr dulden. Sie wollten frei sein, selber entscheiden können aber auch selber die Verantwortung für sich und alle, die in ihren Talschaften wohnten, tragen. Daher wollten sie ausdrücklich auch keine fremden – von Habsburgs Gnaden - bestimmte Richter mehr, sondern eigene Landsleute als Richter einsetzen. Das sind alles Werte, welche die Schweiz stark gemacht haben.

### **Wo steht die Schweiz heute und was macht eigentlich die Schweiz heute aus?**

Wer die aktuellen Plakate und Inserate der verschiedenen Parteien für die kommenden eidgenössischen Wahlen anschaut, kann darauf lesen: „aus Liebe zur Schweiz“, „keine Schweiz ohne uns“, „Schweizer wählen...“ usw. Noch nie haben unsere Bundesrätinnen und Bundesräte so viele 1. August-Reden gehalten, zum Teil haben sie schon am 31. Juli begonnen, damit sie ihr Programm erfüllen können. Es scheint, dass die Schweiz und ihre Werte im Jahr 2011 wieder neu entdeckt werden. Hoffentlich nicht nur bis zu den Wahlen!

Unser Land ist klein und von Natur aus mausarm. Wir haben weder Rohstoffe noch einen Meeranschluss. Unser Land ist durch die Alpen entzweigeschnitten. Wir müssen teure Tunnels und Strassen bauen, damit wir den Zusammenhalt sicherstellen können. Immer wieder wird lamentiert, die Schweiz sei mit ihren 23 Voll- und 6 Halbkantonen zu kompliziert und sie sei isoliert, weil sie nicht Mitglied der EU sei.

Trotz all dieser Widerwärtigkeiten steht unser Land heute an der Weltspitze. Wir gehören zu den Ländern mit dem höchsten Wohlstand und der besten Lebensqualität. Wir haben das höchste Bruttosozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung und gehören dank unseren innovativen Betrieben und unseren international tätigen Unternehmen zu den wettbewerbsfähigsten Ländern dieser Welt.

Während sich andere Staaten gerade in den letzten Jahren massiv verschuldeten, ist es uns gelungen, unsere Verschuldung zu stabilisieren. Das Vertrauen des Auslandes in die Schweiz ist derart gross, dass der Franken stärker und stärker wird. Diese Entwicklung macht uns allerdings auch zu schaffen und wird unsere derzeitige Hochkonjunktur in den kommenden Monaten voraussichtlich bremsen. Das zwingt uns dann möglicherweise zu einem Revitalisierungsprogramm für unsere Wirtschaft beispielsweise in Form von Steuersenkungen, Bürokratieabbau oder Arbeitszeitverlängerungen zur Steigerung der Produktivität.

### **Warum steht die Schweiz heute besser da, als die anderen?**

Die Antwort ist einfach: Weil die Schweiz ein **Sonderfall** ist!

Sie liegt mitten in Europa, hat mit allen Ländern der Welt gute Wirtschaftsbeziehungen und hat sich bis heute nie einbinden lassen. Sie hat ihre Freiheit bewahrt, ist souverän und kann selbst entscheiden. Es brauchte im Jahr 1992, als die Politiker dem EWR beitreten wollten, einen Volksentscheid, um dies zu verhindern. Viele Beitrittswillige haben damals der Schweiz nach dem Volks-Nein den Untergang prophezeit. Das Gegenteil ist eingetreten. Dank ihrer Unabhängigkeit und Eigenständigkeit hat die Schweiz auch in den letzten 20 Jahren eine eigene Finanz- und Wirtschaftspolitik betreiben und die Staatsausgaben im Griff halten können. Sie hat auch eine eigene Währungspolitik betreiben müssen und konnte der Eurozone nie beigetreten. In den USA und in allen europäischen Ländern mit Ausnahme von Bulgarien haben die Regierungen und Parlamente in den letzten Jahren mehr Geld ausgegeben als eingenommen. Dabei haben sie sogar ihre selbst aufgestellten Maastricht-Kriterien über Bord geworfen. Wer laufend mehr ausgibt, als er einnimmt, gerät automatisch in die Schulden und kommt nur noch daraus heraus, wenn er weniger ausgibt. In diesem harten Prozess stehen nun Staaten wie die USA, Irland, Griechenland, Spanien, Italien usw. Wir hören es tagtäglich in den Medien.

Dass in dieser Situation grössere Staaten wie die USA, Deutschland oder Italien immer wieder versuchen, die relativ gut gestellte, freie Schweiz unter Druck zu setzen und einzubinden, ist zwar verständlich. Aber wir müssen immer wieder die Kraft aufbringen, diesem Druck zu

widerstehen und nicht nachzugeben. Darum braucht es auch immer wieder die Kraft „Nein“ zu sagen! Das ist vor allem für die Politiker, oft unangenehm.

Denken wir an die jüngste Verhandlungsrunde mit der EU. Anfang dieses Jahres hat der Bundesrat der EU Vorschläge für weitere bilaterale Abkommen unterbreitet. Brüssel entgegnete, dies käme nur in Frage, wenn die Schweiz sich auch „institutionell“ einbinden lasse, d.h. in all jenen Bereichen, die durch Verträge geregelt sind, automatisch die künftige Rechtsentwicklung der EU übernehme und sich den Entscheiden des Europäischen Gerichtshofes unterwerfe. Im Klartext heisst das, die Schweiz müsste für diese Bereiche ihre Freiheit aufgeben und fremdes Recht und fremde Richter akzeptieren – also genau das, was die alten Eidgenossen im Bundesbrief ablehnten. Um Zeit bis nach den Wahlen zu gewinnen, hat der Bundesrat zwei Gutachten in Auftrag gegeben. Die Gefahr ist gross, dass der Bundesrat und das Parlament diese Integrationsbestrebungen entgegen den heutigen Versprechen von diversen Politikern – zum Teil bis ins linke Lager hinein - nach den Wahlen wieder vorantreiben werden. Es ist allerdings zu hoffen, dass das Schweizer Volk etwas aus den Erfahrungen mit der Schuldenkrise in Europa und den USA gelernt hat und diesem Grössenwahn widerstehen kann.

Immer wieder ist nämlich in der Geschichte von aussen – aber auch von innen heraus - eine Anpassung oder „Harmonisierung“ von unserem Land an andere Systeme verlangt worden und immer wieder war dies verbunden mit der Aufgabe von einem Teil unserer Freiheiten. Das 19. Jahrhundert ist beispielsweise für die Schweiz innen- und aussenpolitisch gesehen ein Ringen um die Freiheit gewesen. Schon nach dem Wienerkongress, als die Schweiz nach dem Zusammenbruch des napoleonischen Reichs wieder zum unabhängigen Staat geworden ist, wurde sie von den umliegenden Monarchen durch Zollmassnahmen unter Druck gesetzt. Der mächtige Fürst Metternich hat von der Schweizer Tagsatzung im Jahre 1823 sogar die Einführung einer Pressezensur verlangt, weil ihm die freiheitliche Schweiz ein Dorn im Auge war. Viele, im übrigen Europa verfolgte Liberale und Republikaner sind damals in die Schweiz gekommen, weil sie hier frei reden und schreiben konnten. 1857 drohte der König von Preussen der Schweiz mit Krieg, weil sich der Kanton Neuenburg eine liberale Verfassung gegeben

hat. Neuenburg war damals bereits ein Schweizer Kanton, Regierungsoberhaupt war aber noch der preussische König. 1871 – als das Deutsche Kaiserreich entstand – ist selbst in der Schweiz die Frage aufgeworfen worden, ob die Schweiz nicht beitreten sollte, weil sie als kleines Land nicht weiterbestehen könne. Bis zum ersten Weltkrieg hat es vor allem in der Deutschschweiz eine grosse Bewunderung für das Deutsche Kaiserreich mit seiner Wirtschafts- und Militärmacht gegeben. Und bekanntlich hat es auch im zweiten Weltkrieg Anpasser gegeben, die dem Druck der Achsenmächte Deutschland und Italien nachgeben wollten. Sie sehen also – der Kampf für unsere Freiheit ist nichts Neues.

### **Besondere Staatsform:**

Die Schweiz hat aber auch eine besondere Staatsform: die direkte Demokratie. Diese ist einzigartig auf dieser Welt.

Was ist denn das Besondere an unserer Staatsform? Die Schweiz stellt die Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt und nicht den Staat! Eigeninitiative, Verantwortung und Tüchtigkeit des Einzelnen stehen im Zentrum und lohnen sich noch, weil der Staat dem Einzelnen nicht alles wegsteuert. Wir sind uns auch bewusst, dass wir als Bewohner eines ressourcenarmen Land nicht einfach den Reichtum in Form von Öl aus dem Boden holen können – nein, wir müssen tüchtiger sein und halt etwas länger arbeiten müssen als die andern.

Das Schweizer Volk hat schon früh erkannt, dass Politiker, wenn sie einmal gewählt sind und man sie einfach machen lässt, nach anderem streben als nach dem, wozu man sie das Volk beauftragt hat. Um die Politik kontrollieren zu können, schuf das Schweizer Volk die Volksrechte. Im Gegensatz zu allen anderen Staaten kann bei uns das Volk mit einer Volksinitiative die Politik direkt mitgestalten und kann Sachfragen einbringen. Dank dem Referendum hat es bei den Gesetzesvorlagen das letzte Wort. Wollen beispielsweise die Politiker mehr Geld zum Ausgeben – d.h. die Steuern erhöhen -, dann müssen sie dies vor dem Volk begründen. Ist das Volk von den Argumenten überzeugt, stimmt es zu, andernfalls lehnt es die verlangte Steuererhöhung ab. In keinem andern Land der Welt kann das Volk direkt über die Höhe der Steuersätze entscheiden.

Diese Volksrechte sind aber in Gefahr. In Bern spürt man immer wieder, dass sie vielen Politikern im Wege stehen und von diesen als lästig – ja

sogar als „veraltetes Modell“ - empfunden werden. Sie wollen diese Rechte deshalb einschränken. Zurzeit sind im Parlament mehrere solche Vorstösse hängig: So wird beispielsweise verlangt, dass die Volksinitiativen künftig schon vor dem Beginn der Unterschriftensammlung durch das Parlament oder das Bundesgericht vorgeprüft werden sollen. Das ist moderne Zensur! So könnten missliebige Initiativen im Keim erstickt werden.

Grund für diese Tendenz sind einerseits die weiteren EU-Integrationsbestrebungen (für welche das Referendum im Wege steht) und andererseits verschiedene in der letzten Zeit vom Volk lancierte Initiativen zu aktuellen Problemen in unserer Gesellschaft: z.B. die Verwahrungsinitiative, welche von zwei Schweizerinnen als Privatpersonen angehoben wurden, weil sie direkt von einem schweren Verbrechen betroffen waren oder die von einer überparteilichen Interessengruppe lancierte Minarettverbotsinitiative oder die von unserer Partei lancierte Ausschaffungsinitiative.

Für mich ist diese Tendenz, gewisse Themen tabuisieren zu wollen, ganz gefährlich. Es ist ein ganz grosser Vorteil von einer freien und offenen Gesellschaft, dass alle Themen in der Öffentlichkeit diskutiert werden können. So ist zum Beispiel auch die Migrationsfrage heute eine zentrale Frage für unser Land. Was sind die Folgen, wenn - wie in den letzten 4 Jahren - alle 4 Jahre über 320'000 Menschen zusätzlich zu uns kommen? Kann unser Land ein solches Wachstum auf die Länge verkraften, sei es von den Infrastrukturen her betrachtet wie Strassen, Schienen oder Schulen oder vom Wohnungsmarkt bis hin zum Baulandbedarf und zu den steigenden Immobilienpreisen? Was geschieht im Falle einer Rezession, bei Entlassungen mit unseren Sozialwerken? Verkraften unsere Arbeitslosenkasse und die Sozialhilfe dann eine wesentlich grössere Zahl von Arbeitslosen?

Ist es wirklich richtig, so zentrale Fragen einfach unterdrücken zu wollen mit dem Hinweis, sie verstiessen gegen die Personenfreiheit oder andere völkerrechtliche Verträge? Nein – wenn ich mit Amerikanern, Deutschen oder Franzosen spreche, so beneiden uns diese darum, dass wir dank unserer einzigartigen Staatsform der direkten Demokratie so zentrale Fragen breit diskutieren können. Die Geschichte hat immer wieder gezeigt, dass die Unterdrückung solcher Diskussionen falsch ist.

Das kann zu Aufständen, ja sogar Revolutionen führen. Schauen sie nur, was in den letzten paar Monaten im Norden von Afrika geschehen ist!

Geschätzte Damen und Herren

Wenn wir schon Volksrechte haben, ist es aber auch wichtig, dass wir diese wahrnehmen und bei der Entscheid-Findung mitwirken, das heisst, dass wir abstimmen und wählen gehen. Wir können mitentscheiden, also machen wir es doch auch! Je mehr mitreden, desto breiter abgestützt und kraftvoller sind die Entscheide und desto grösser sind die Akzeptanz und der soziale Frieden in unserem Land.

Ich wünsche Ihnen allen einen schönen 1. August!